

DER GRASHÜPFER

Zeitung der Forchheimer Grünen Liste



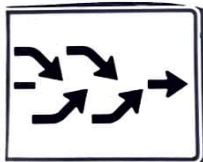
Nr. 2, 27. Januar 1996

Liebe Leserinnen,
liebe Leser!

Der Grashüpfer ist zum einen das Logo, zum anderen die Zeitung der Forchheimer Grünen Liste. Die Zeitung soll Hintergründe zum aktuellen politischen Geschehen liefern, soll über das informieren, was sonst so nicht zu lesen ist, soll aufdecken und kritisieren, Alternativen vorschlagen und den tristen politischen Alltag in Forchheim von der humorvollen Seite sehen. Und sie stellt Kandidat(inn)en der FGL vor, die sich zur Stadtratswahl aufstellen lassen wollen und informiert über unsere Aktivitäten.

Themen dieser Ausgabe:

Streit um Seniorenbüro	3
Kandidatenportraits	2, 3, 5
Stadtratskommentar	4



Die Stadtratsliste	1
Schwarz rein - grün raus	6
Bild des Monats	2
Buchbesprechung	5
Stumpfsinn des Monats	6

MOGEL MIT BAULANDMODELL

Das hochgejubelte Projekt in Burk ist gescheitert - Wünsche wurden nicht wahr

Seit 1991 das Forchheimer Baulandmodell zum ersten Male der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, waren nur positive Meldungen über dieses Konzept zu hören und zu lesen. Heute, fast 5 Jahre später, sollte es erlaubt sein, die permanenten Erfolgsmeldungen und die Lobreden über dieses „zukunftsweisende“ Projekt auf ihren Gehalt hin zu überprüfen. Fest steht, daß tatsächlich 13 junge Familien in den Genuß eines verbilligten Bauplatzes gekommen sind. Sie konnten ihren Platz zum Bauen zum Quadratmeterpreis von 180 DM + ca. 90 - 100 DM noch ausstehender Erschließungskosten in einem Gebiet erwerben, dessen Verkehrswert damals mit 400 DM/qm angesetzt wurde. Dieser unstrittige Erfolg wird landauf landab bis zur Bundesebene verkauft, als ob es damit gelungen wäre, die Probleme bei der Baulandausweisung endgültig zu lösen. Betrachtet man allerdings nicht nur das Resultat sondern auch den Aufwand, der zu dessen Erreichen nötig war, wird man unschwer erkennen, daß es sich beim Baulandmodell nicht um das Ei des Kolumbus sondern eher um ein Kuckucksei handelt.

1. Entwicklung

1991 trat unser Oberbürgermeister mit dem Ziel in die Öffentlichkeit durch das (damals so genannte) Stuttgarter Modell „jungen und sozial schwachen Forchheimer Familien“ den Bau eines Eigenheimes zu ermöglichen; gleichzeitig sollte so der Spekulation Einhalt geboten werden, da ja die Stadt nun in der Lage wäre, preisgünstig Bauland auf dem Immobilienmarkt anzubieten. Grundgedanke ist, daß 45% der Fläche an die Stadt Forchheim zum

halben Verkehrswert verkauft werden müssen. Die restlichen 55% stehen den Eigentümern zur eigenen Nutzung oder zum freien Verkauf zur Verfügung. Von den 45% werden zwischen 15% und 20% für Erschließungsflächen gebraucht, so daß 20% bis 25% an junge Familien nach einem bestimmten Schlüssel vergeben werden können, die innerhalb von 3 Jahren die Grundstücke bebauen müssen.

1995 ist das Baulandmodell, wie oben erwähnt, einzig im Westen von Burk einmal zur Anwendung gebracht worden. Gerade einmal ein Drittel des dort geplanten Baulandes wurde nach den Bestimmungen des Modells erschlossen. Die Flächen in Birkenhofen, Reuth und Kersbach warten ebenfalls auf eine Erschließung. Bei der Umwidmung von Ge-

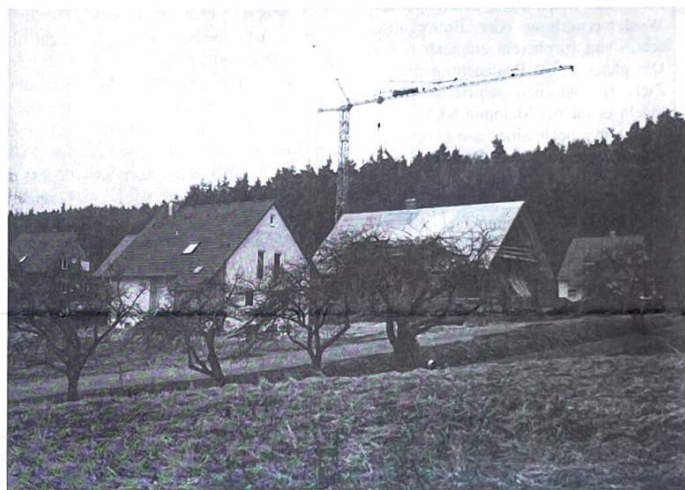
werbe- zu Baugebiet in verschiedenen Bereichen (Weber und Ott!) wurde das Modell erst gar nicht in Betracht gezogen. Diese Tatsachen haben uns veranlaßt, ein wenig genauer zu untersuchen welche Probleme sich hinter diesem Modell verstecken. 2. Warum wurde es nur in einem Teilbereich der in Burk vorgesehenen Fläche durchgeführt und was hindert die Stadt daran, andere Flächen in gleicher Weise zu

erschließen, wo doch viele junge Familien auf preisgünstiges Bauland warten?

Bei unseren Recherchen fanden wir heraus, daß der bisher erschlossene Bereich im Burk Westen nach dem sogenannten Grebe Gutachten aus den 80er Jahren aus ökologischen Gründen (Stadtdurchlüftung, Nordhanglage) für eine Bebauung als nicht geeignet crachtet wurde. Im 1991 gültigen Flächennut-

möglich dem Modell zustimmen.

Der andere Teil des Schlehenbachtals, der nach dem Gutachten als bebaubar eingestuft wird, wartet auf Erschließung, bis der letzte Eigentümer seine Zustimmung zum Baulandmodell gegeben hat. Das Baulandmodell fand also bisher einzig in einem ökologisch sehr sensiblen Gebiet Anwendung, da es sich dort einfach durchsetzen ließ.



Soll die Vernichtung von Obstgärten zum Modell werden? - Hangbebauung in Burk

zungsplan wurde dieses Areal deswegen als sogenannte „Rücknahmefläche“ schraffiert gekennzeichnet, d.h. es bestand eigentlich die Absicht, diesen Bereich nicht mehr als Baugebiet vorzusehen. Vor diesem Hintergrund ist es allzu verständlich, daß die Grundstückseigentümer das Erschließungsangebot der Stadt (trotz der damit verbundenen Einschränkungen) wie ein Geschenk des Himmels ansehen mußten und so schnell als

Diese Aussage gibt allerdings nur einen Teil der ganzen Wahrheit wieder, denn „einfach“ war bei der Realisierung des Projekts lediglich die Zustimmung der Grundstückseigentümer zu bekommen. Die Erschließung des Geländes dagegen bereitete erhebliche Probleme und konnte nur durch einen enormen Kostenaufwand zu Lasten der Allgemeinheit erreicht werden. Wegen der örtlichen Gegebenheiten

Fortsetzung Seite 4

Jetzt ist es so weit: Es gibt wieder eine grüne Stadtratsliste. Die Forchheimer Grüne Liste (FGL) und Bündnis '90/Die Grünen haben sie gemeinsam aufgestellt. Damit haben Wählerinnen und Wähler endlich wieder die Chance, eine ökologische, soziale und kulturelle Opposition in den Stadtrat zu bringen. Spitzenleute der Liste sind die Studentin Annette Prechtel, der Chemie-Professor Dr. Ulrich Zenneck, die praktische Betriebswirtin Edith Fießer und der Schreiner Gerhard Meixner. Sie stehen für eine alternative Kommunalpolitik, deren große Linie ja schon im letzten Grashüpfer zu lesen war.

Bei der Nominierungsversammlung gab es weitere Forderungen. So sagte Ex-Stadtrat Gerhard Meixner zur Energiepolitik, die Stadt müsse eine Vorbildfunktion in Sachen Energiesparen übernehmen. Dazu gehöre ein eigener Energieberater ebenso wie neue Energietarife, die das Sparen belohnen. Die städtischen Gebäude seien schnellstens auf Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten, die Stadtwerke mußten zum Modell werden,

indem sie ihre Energie von der Sonne und durch ein Blockheizkraftwerk bezögen, ergänzte Annette Prechtel. Annette Prechtels Äußerung, das Kaiserpfalzkonzept des Stadtrats sei ein „konzeptloses, totes Sammelsurium vergangener Schätze“ drückte aus, daß die FGL von der Kulturpolitik der Stadt wenig hält. Gleichzeitig traf sie damit einen wunden Punkt der CSU, die gleich mit mehreren Presseartikeln ihr Konzept ziemlich dürrig verteidigte (siehe zur Kaiserpfalz auch Bericht auf S. 2).

Prof. Dr. Ulrich Zenneck nahm sich OB Stumpf und die Wirtschaftspolitik vor. In Anspielung auf Aktionen wie das Gezerre um den Einkaufsmagneten, inklusive der Idee eines Marktes in der Tiefgarage, zeigten von Inkompetenz. „Das Ansehen der Stadt als Industriestandort ist durch den OB und seine

DIE LISTE STEHT

FGL nominierte ihre Stadtratskandidaten

1. Annette Prechtel, Studentin, 21
2. Dr. Ulrich Zenneck, Universitätsprofessor, 49
3. Edith Fießer, praktische Betriebswirtin, 45
4. Gerhard Meixner, Schreiner, 42
5. Stefan Stammmer, Student, 22
6. Uwe Eazler, Rettungssanitäter, 37
7. Birgit Wilhelm, Auszubildende, 33
8. Franz Josef Klaus, Elektroingenieur, 32
9. Ulrike Volmann, Studentin, 24
10. Marcus Hampel, Rettungssanitäter, 23
11. Evelyn Walz, Angestellte, 40
12. Fritz Dittrich, Oberstudienrat, 41
13. Elke Birkner, Arzthelferin, 26
14. Wolfram Wetzler, Journalist, 29
15. Birgit Matthes, Bürokauffrau, 43
16. Steve Kurzmann, Zivildienstleistender, 20
17. Marion Meixner, Ergotherapeutin, 34
18. Gerd Bayer, Student, 26
19. Dr. Alice Zenneck, Ärztin, 46
20. Sebastian Schirmer, Waldorfschullehrer, 36
21. Andreas Schroll, Auszubildender, 22
22. Hubert Kubitschek, Diplom-Informatiker, 43
23. Gerry Dennerlein, Bürokaufmann, 26
24. Jochen Peter, Maschinenschlosser, 25

Wirtschaftsreferentin nachhaltig beschädigt worden.“

Die beschämende Jugend-, Senioren- und Frauenpolitik der Stadt war ein weiteres Thema (siehe nebenstehenden Bericht zum Seniorenbüro). Annette Prechtel forderte, u.a. dringend Frauen- und Jugendbeauftragte zu bestellen. Die FGL wird ein eigenes Konzept zum Thema „Dialog der Generationen“ erarbeiten und hat dazu bereits Gespräche mit Betroffenen geführt.

24 Kandidatinnen und Kandidaten haben sich gefunden. „Für Forchheim ist das schon sehr viel in so kurzer Zeit“, fand Stefan Stammmer. Der Altersdurchschnitt liegt bei 34 Jahren. Das Ziel einer 50%igen Frauenquote hat die FGL noch nicht erreicht. „Zu viele Frauen haben noch zu wenig Selbstbewußtsein und Mut“, analysierte Annette Prechtel, die mit einer Quote von 37,5 Prozent für den Anfang dennoch nicht unzufrieden ist.

Die Liste wird auf dem Wahlvorschlag als „Bündnis '90/Die GRÜNEN - Forchheimer Grüne Liste“ erscheinen.

Portrait



Prof. Dr. Ulrich Zenneck, 49

In den meisten meiner Forschungsprojekte suche ich mit meinen Mitarbeitern nach neuen Katalysatoren für chemische Zwecke, die den Einsatz von Energie und Rohstoffen für die Herstellung von Kunststoffen oder speziellen Chemikalien vermindern sollen. Dabei konzentrieren wir uns auf solche Materialien, deren spätere Wiederverwertung oder Entsorgung schon von vornherein einplanbar ist. Die gleichzeitige Realisierung dieser Ziele ist natürlich schwierig, doch macht es meiner Meinung nach heutzutage nur noch Sinn, den ökonomischen zusammen mit dem ökologischen Fortschritt zu suchen.

In meinem kommunalpolitischen Engagement versuche ich den gleichen Prinzipien zu folgen. Jede Planung in der Stadt Forchheim muß die schwierige Balance zwischen der erwünschten Förderung von Wirtschaft und bezahlbarem Wohnraum und den dadurch verursachten Beeinträchtigungen der Lebensqualität in der Stadt suchen. Eines der Hauptprobleme ist dabei der immer noch wachsende individuelle Kraftverkehr mit allen seinen Folgen wie Lärm und Luftverunreinigung.

Weil ich aber regelmäßig erleben mußte, daß die bisherige Rathausmehrheit in ihren Entscheidungen Bedenken und Anregungen, etwa von Naturschutzverbänden und -behörden oder von professionellen Stadtplanern vorgebrachte Bedenken und Anregungen einfach beiseite wischt, weil ihr das zu schwierig erscheint oder nicht in den Kram paßt, halte ich es für notwendig, mich selbst - als Parteilooser - um ein Stadtratsmandat zu bemühen.

Ich möchte darauf hinarbeiten, daß bei allen Projekten die vorhandenen Reize und Qualitäten unserer Stadt gezielt gefördert werden und nicht etwa wie die sattem bekannten Pappeln einfach abgesägt werden, weil einem der Erhalt zu aufwendig ist. Auch wenn man neue Bäume pflanzt, diese brauchen Jahrzehnte, bis sie den ökologischen Wert des vorherigen Bestandes an der lärmträchtigen Bahnlinie durch die Stadt entwickeln.

Ulrich Zenneck

BEI DER FGL MITMACHEN!

Die Stadtratsliste steht zwar, doch in der verstaubten Forchheimer Politik wartet so viel Arbeit, daß weitere MitarbeiterInnen jeden Alters uns hoch willkommen sind (S.6).

LEBENDIGE KULTURPFALZ

Die Forchheimer Grüne Liste/Bündnis '90-Die Grünen hat ihre scharfe Kritik am Kaiserpfalzkonzept der Stadt erneuert und angekündigt, ein eigenes Alternativkonzept zur Nutzung der Kaiserpfalz vorzulegen.

Es geht nicht darum, die Kaiserpfalz an sich madig zu machen, sagte Fritz Dittrich, „denn die Kunst ist es, tote Dinge zum Leben zu erwecken“. Eben dies werde mit einem Sammelsurium von Trachten, Puppen und Gegenständen aus der mittelalterlichen Geschichte Forchheims und Oberfrankens Prähistorie nicht erreicht.

In der Diskussion wurde deutlich, daß eine prähistorische Staatssammlung sicher eine Besonderheit für Forchheim sein könne.

„Im wesentlichen aber gehe es darum, nicht nur das Vergangene zu bewahren, sondern in Forchheim lebendige Kultur zu praktizieren“, sagte Fritz Dittrich. „Dazu gehört sicher auch ein Stadtmuseum“, befand Gerhard Meixner. Doch müsse ein wesentlicher Bestandteil dabei die Industriegeschichte sein, insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Stadt. Er verstehe nicht, wie die SPD so ein Konzept verteidigen könne.

Wolfram Weltzer kritisierte, lebendige Kultur könne außer im Innenhof nur bei wenigen klassischen Konzerten stattfinden. „Der Rest wird vollgestellt und zugeplant, statt Freiraum für Musiker

und bildende Künstler zu schaffen.“

Für Marcus Hampel fehlt beim Konzept Kaiserpfalz die Einbeziehung des Saltorturms, der aus Sicherheitsgründen für Rockkonzerte und ähnliche Veranstaltungen geschlossen wurde. Deshalb müßten die Sicherheitsmängel beseitigt werden.

Völlig abgelehnt hat die FGL eine Nutzung des Westflügels für gewerbliche Büros. „Das macht eine Luxusanierung nötig, die in Zeiten knapper Kassen nicht vertretbar ist“, meinte Fritz Dittrich. Erst dadurch käme die ungeheure Summe von 17 Millionen Mark für die Kaiserpfalzsanierung zu stande.

Fritz Dittrich regte zwar an, auch eine teilweise Verwendung der Pfalz für die Jugendarbeit („auch dafür gibt es Staatszuschüsse“) zu prüfen. Es sei typisch für den Forchheimer Stadtrat, daß er sich nicht überlegt habe, „dieses tolle Gebäude in Teilen neben dem Museum auch als kulturelles und soziales Zentrum der Generationen zu konzipieren“.

Die FGL einigte sich jedoch zunächst darauf, erst nach weiteren Gesprächen eine eigene Vorlage zu machen, „um nicht die Fehler anderer Parteien zu wiederholen“. Auch ein grünes Oppositionskonzept müsse wohlüberlegt sein, schloß Annette Prechtel.

Bild des Monats



Eine in dieser Art noch nie erlebte, sensationelle Flexibilität setzen die Verkehrsplaner bei den Forchheimern voraus. Nix von fränkischer Trägheit - nix mit Forchheimer Sturheit - nix damit, daß die rechte Spur in Forchheim Vorfahrt hat oder die linke die Überholspur sei. Mit südländischem Tepamament fädeln sich „linke“ und „rechte“ Autofahrer ein. Aber Warnung! Nach dem Schild diese Schlangelbewegungen sein lassen! und - Einfädeln lassen heißt: den anderen einfädeln lassen, nicht: Das Einfädeln lassen!!

SCHWARZE KATZE IM BLASSGRÜNEN SACK

Wie die CSU-nahen „Jungen Bürger“ mit grünen Themen auf Stimmenfang gehen

Anfang Januar war es groß zu lesen: Kurz nach der Nominierung der Grünen Liste ist eine weitere Gruppierung in den Stadtratswahlkampf eingezogen, die mit ökologischen Zielen wirbt: Die Jungen Bürger. Manches liest sich ähnlich wie bei der FGL: Landschaftsschutz, Baumschutzverordnung, Trinkwasserschutz und bessere Konzepte für Jugendarbeit, Seniorenpolitik und das Kulturleben.

Eine echte Alternative also? Wir meinen: Nein, denn erstens hätte, wer wirklich eine ökologisch-soziale und kulturelle Neuorientierung Forchheims will, jederzeit bei der FGL mitwirken können - das war seit dem Frühjahr bekannt. Der Verdacht liegt nahe, daß hier nur Fensterreden geschwungen werden.

Der Verdacht erhärtet sich, wenn man den Zeitungsbericht der Jungen Bürger liest. Dann wird die Halbherzigkeit deutlich: Wo die FGL den jetzt verabschiedeten Flächennutzungsplan als völlig überzogen verurteilt, weil er Obstgärten zerstört, immense Verkehrsprobleme in Buckenhofen produziert und eine Wucherung Forchheims provoziert, fordern die Jungen Bürger eine „ausgewogene Bauleitplanung, die Bautabuzonen zu akzeptieren und infrastrukturelle, klimatische und landschaftliche

Notwendigkeiten zu berücksichtigen hat“. Kein Wort, daß die jetzige Flächenpolitik das nicht tut, keine Konkretisierung, was das in der praktischen Politik bedeuten soll. Die JB-Außerungen könnten genauso von Freien Wählern oder CSU stammen.

Noch schwammiger die Verkehrspolitik: Da wird die S-Bahn für Forchheim gefordert, gegen die sowieso niemand ist, wahrscheinlich nicht einmal der Autofundamentalist Pfeiffer von der FDP. Den ICE dagegen akzeptiert man wie gottgegeben, weil das Raumordnungsverfahren dafür positiv gelaufen ist. Die FGL meint dagegen, daß die ICE-Trasse nicht nur Forchheim mit einem Lärmteppich überziehen wird, auch bei noch so teurem Lärmschutz, und daß die Hochgeschwindigkeitstrasse Geldverschwendung und Umweltzerstörung darstellt. Der Bund Naturschutz hat noch Klagen dagegen laufen, da darf die Kommunalpolitik nicht schon klein beigeben! Wieder sieht man: Lupenreine CSU-Position. Noch deutlicher dann die Forderung, „von einer überzogenen Ausnutzung der rechtlichen Lage bei der Parküberwachung sei zu Abstand nehmen“.

Da kann auf den ersten Blick auch

niemand was dagegen sagen, aber wenn gleichzeitig Forderungen nach mehr Bussen und einer weiteren Verkehrsberuhigung der Innenstadt fehlen, wird klar: Die Jungen Bürger wollen die Stimmen derer, die unbedingt in der Innenstadt parken wollen, keine hundert Meter zu Fuß aushalten und damit die Lebensqualität der Innenstadt verschlechtern.

Der einzige Unterschied zur CSU scheint zu sein: Die Jungen Bürger sind etwas jünger als Stumpf, Ammon, Weber, Wagner & Co. Das erklärt einige Forderungen wie den Jugendbeauftragten, ein Open-Air-Gelände, Auftritts- und Übungsräume für Rockbands. Das sind nun wirklich gute Forderungen, wie auch der Vorschlag eines alternativen Krankenhausstandorts gut ist. Vielleicht ist der CSU-Nachwuchs ja doch eine Spur fortschrittlicher als die Altpartei...

Apropos CSU-Nachwuchs: Wenn Sie einen der JB-BewerberInnen darauf ansprechen, werden sie auf empörtes Leugnen stoßen. Die JB seien eine eigene Kraft, hätten nichts mit der CSU zu tun und so weiter. Einige Parteiloose auch an der Spitze können das rein formal mit Recht tun.

Tatsache ist aber, daß die JB im Kreistag fast immer mit der CSU

stimmen, und daß die JB Forchheim eng mit denen im Kreis zusammenarbeiten. Peter Eismann und Sepp Harrer, bekannte CSU-Mitglieder von den Kreis-Jungen Bürgern (Harrer ist auch Kreisvorsitzender der Jungen Union) waren die Ehrengäste bei der ersten Forchheimer JB - Versammlung. Mit seinem Spruch „Stadt und Land - Hand in Hand“ bestätigte Eismann dabei, daß er von einer Einheit der Jungen Bürger ausgeht.

Und siehe da, gleich der Spitzenkandidat der Forchheimer JB ist Peter Kaiser, seit langem bei der JU aktiv. Ferner finden sich auf Platz 5 Thomas Heilmann oder, ganz hinten Daniel Morell, ein besonders linientreuer Nachwuchs-CSUler.

Fazit: „Tarnliste“ darf man nach dem neuen Wahlgesetz nicht mehr zu den Jungen Bürgern sagen, aber daß sie nach den Freien Wählern die dritte Kolonne der Forchheimer CSU sind, liegt auf der Hand. Bleibt bei dieser blaßgrün-dunkelgrau-schwarzen Koalition nur zu hoffen, daß die CSU-nahen Wähler nicht die schwarzen, sondern die blaßgrünen JB-Bewerber ankreuzen. Mit denen nämlich wäre im Stadtrat ein konstruktives Gespräch zumindest denkbar.

CSU CONTRA SENIOREN

Senioren kämpfen für ihr Büro - FGL steht hinter ihnen

Aus dem Forchheimer Seniorenbüro ist ein Politikum geworden. Wie Sie vielleicht in der Tageszeitung gelesen haben, kamen zu einer Diskussion über die Zukunft dieser Einrichtung fast 200 Zuhörer. Diese Diskussion war für Forchheim mehr als bemerkenswert. Die CSU, die das Seniorenbüro ablehnt, blamierte sich nach Kräften. Der Grashüpfer berichtet darüber nicht im Einzelnen, sondern beleuchtet kurz und knapp die Idee des Seniorenbüros, seine Gegner, die FGL-Position und den neuen Stil der politischen Diskussion.

II: Die Stadt wehrt sich

„Wir schätzen es, aber man muß die Frage stellen, ob diese Form nicht zu aufwendig ist.“ Diese Aussage des Forchheimer CSU-Vorsitzenden Hermann Ammon war das mildeste, was er im Seniorenbüro zu sagen hatte. Das Seniorenbüro mit hauptamtlicher Leitung sei zu teuer, deswegen sei es richtig, es unter das Dach der Volkshochschule zu nehmen. Kein Wort zur wichtigen Funktion der hauptamtlichen Fachkraft. Mehr als 5000 Mark seien im Jahr nicht drin. Das habe der Stadtrat einstimmig (!) beschlossen. Das Seniorenbüro habe nicht in den Landkreis hineingewirkt und die bestehenden Institutionen der Altenarbeit nicht vernetzt. Bevor man über die Zukunft des Seniorenbüros spreche, müsse man über die Finanzen reden. Erst das Geld, dann die inhaltlichen Konzepte - das ist auf einen Nenner gebracht Ammons nach außen dargestellte Position, die (nach eigener Aussage) auch OB Stumpf teilt. OB Stumpf behauptete außerdem, es gehe dem Träger des Büros, der Caritas, nur darum, eine hauptamtliche Kraft im Seniorenbüro zu behalten, damit Michael Helmbrecht einen Job hat.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Forchheimer Grüne Liste, c/o Annette Prochtel, Langgasse 1, 91301 Forchheim, Tel. 09191/14934. MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Fritz Dittich, Gerhard Meixner, Marion Meixner, Annette Prochtel, Stefan Stammner, Wolfram Weltzer (V.i.S.d.P.). Photos: Annette Prochtel. Anzeigen: Wolfram Weltzer. Druck: Stolz, Mitterfels.

Anzeigen

KÜCHEN SEUBERT

FORCHHEIM
hinter dem EZB

72 92 42

UNSERE STÄRKE IST DIE PLANUNG -
TESTEN SIE UNS!

I: Aktiv sein und gebraucht werden

Über zwei Jahre gibt es das Seniorenbüro nun in unserer Stadt, aber viele wissen es immer noch nicht: Das Seniorenbüro ist eine ganz besondere, modellhafte Form offener, das heißt nicht vereinsgebundener Arbeit. Es ist so ähnlich wie ein Jugendzentrum: Jede und Jeder kann kommen, gleich welcher Konfession und ohne irgendwo Mitglied sein zu müssen.

„Aktiv sein und gebraucht werden“, so lautet das Motto. Denn ältere Menschen gehören nicht zum alten Eisen, sondern wollen noch etwas für die Gesellschaft tun. Zu diesem Zweck gibt es beim Seniorenbüro eine Aktivitätenbörse, auf der alles vom Reparaturdienst für alte Fahrräder oder Was-

serläufe bis zur ehrenamtlichen Unternehmensberatung, von Krankenpflege und Babysitting bis zur Philosophiegruppe und zum Erzählcafé für jung und alt gibt.

Für die Begleitung (nicht Betreuung) und Motivation zur ehrenamtlichen Arbeit und als Ansprechpartner bei Problemen steht dem ehrenamtlichen Team ein hauptamtlicher Leiter, der Sozialpädagoge Michael Helmbrecht, zur Seite. Vor allem wegen der Personalkosten benötigt das Seniorenbüro einen Jahresetat von 210.000 Mark, den derzeit noch der Bund finanziert. Wenn die Bundesförderung 1997 ausläuft, kommt auf die Stadt ein Teil der Finanzierung zu, nach dem Modell des Seniorenbüros wären das 15.000 Mark pro Jahr.

III: FGL unterstützt Senioren

Ein klares Bekenntnis zum Seniorenbüro in seiner jetzigen Form fordert die FGL von Stadt und Landkreis. Nach Ansicht von Spitzenkandidatin Annette Prechtel ist das Seniorenbüro „genau die Art von Seniorenarbeit, die Forchheim in der heutigen Zeit braucht“. Die Leistung der aktiven Senioren und Michael Helmbrechts würdigte sie als bemerkenswert.

Auf viel Beifall stieß bei der Diskussion im Seniorenbüro, daß sie als eine der jüngsten Stadtratskandidatinnen sich für die Seniorenarbeit stark macht und sagt: „Diese Arbeit kommt nicht nur den Senioren zugute, sondern der Allgemeinheit!“ Schließlich profitieren von den gemeinnützigen Angeboten auch viele Personen außerhalb des Seniorenbüros.

Die CSU argumentiere deshalb verantwortungslos, wenn sie die knappen Kassen als Totschlagargument verwendete. „Das Seniorenbüro ist nicht unfinanzierbar, sondern die Stadt will es nicht finanzieren!“ Wenn die Mittel derzeit nicht da wären, dann müßte man eben andere Prioritäten im Haushalt setzen. 15.000 Mark, die das Büro von der Stadt fordert, seien in jedem Fall zu finden.



Darf die Stadt die Senioren einfach sitzen lassen? - Enttäuschte Blicke im Kolpingssaal

IV: Senioren bieten der CSU Paroli

Pfiffe und Bravorufe im Seniorenbüro, lautstarke Beifalls- und Unmutsbekundungen bei einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien, insbesondere der regierenden CSU. Aufgebrachte Senioren, die mit der Politik der Stadt nicht mehr einverstanden sind - das ist eine Neuigkeit in Forchheim.

Aber es ist eine gute: Die streitbaren Senioren zeigen, was Forchheim braucht: offene Diskussionen, bei denen Konflikte zwischen Rathaus, der herrschenden CSU und Bürgern nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Franz Stumpf und Hermann Ammon reagierten auf dem Podium beleidigt. - Heribert Lipski von der CSU-Kreistagsfraktion, der ursprünglich den anscheinend verhinderten Landrat Otto Ammon hätte vertreten sollen, sagte gleich ab - mit der bemerkenswerten Begründung: „Ich habe andere Sorgen“.

Die CSU ist Kritik nicht gewöhnt und wird nervös, wenn diese Kritik anhält und fachlich fundiert ist. Die spannende Frage ist nun: Macht die veraltete Stadtpolitik nun endgültig den Geldbeutel für die fortschrittlichen Alten zu, oder hat das Seniorenbüro eine Zukunft?

Das ist auch eine Frage der Zusammensetzung des neuen Stadtrats. Am 10. März ist Kommunalwahl!

Portrait



Edith Fieber, 45

Forchheim muß lebendiger und ökologischer werden; deshalb kandidiere ich für den Stadtrat. Selbstverständlich ist für mich, daß der Naturschutz wichtiger werden muß. Die Stadt darf nicht weiter Hand an Naherholungsflächen und Biotop, an Bäume und Grünflächen legen. Naturschutzpolitik heißt für mich aber auch, mehr Anreize für die privaten Grundstücksbesitzer zu geben, damit sie ihre Gärten naturgerecht gestalten, Fassaden begrünen und nicht immer noch mehr Flächen mit Beton und Asphalt versiegeln. Zu viele Forchheimer reden immer noch von „Drecksbäumen- und Hecken“, bloß weil lebendige Natur im Herbst Blätter abwirft.

Als praktische Betriebswirtin verstehe ich die Sorgen der Forchheimer Geschäftswelt, die vom Kaufkraftabfluß in größere Städte betroffen ist. Ich weiß aber auch, daß das nicht nur an der Größe Forchheims liegt, sondern auch an der fehlenden Lebendigkeit unserer Innenstadt. Damit meine ich nicht nur Negativbeispiele wie den Säumermarkt und den kalten Paradeplatz, sondern auch die noch nicht genügend ausgebaut Vielfalt der Gastronomie. Wobei eine gestalterische und kulturelle Belebung immer den Geschäftsleuten und allen anderen Bürgern zugute kommt.

Ich wünsche mir mehr Leben auch für die Jugend; als verheiratete Mutter von zwei 14- und 17-jährigen Kindern fällt mir auf, daß es junge Leute von Forchheim wegzieht, weil es für sie kaum ein Angebot außer Musik- und Sportvereinen gibt.

Ich bin in Österreich geboren und lebe seit 24 Jahren in Deutschland. Mit 46 Jahren fühle ich mich politisch übrigens weit jünger als die meisten Stadträte. Ich stehe für neue Ideen in der Politik, für die ich wichtige Erfahrungen mitbringe. Neben meinem ökologischen Engagement war ich 9 Jahre Elternbeirätin, davon 7 Jahre als Vorsitzende. Von daher bringe ich auch die Bereitschaft mit, mich - auch und gerade als Frau - im Stadtrat einzusetzen.

Edith Fieber

KRANKENHAUSSTANDORT

Weil die FGL den Krankenhausstandort im Wiensenttal für ökologisch und planerisch falsch hält, schlägt sie als Alternativstandort die Fläche des Stadtgartenamts vor. Das spart Geld und Natur.

Häuser sinnvoll gestalten...

...mit baubiologischen Produkten:

- AURO - Naturharzfarben
- KEIM-Silikatfarben
- biologische Dämmstoffe (Haumwolle, Schafwolle, Isotoc)
- natürliche Bodenbeläge (Kork, Sisal, Lamoleum)
- außerdem:
- Restaurierung alter Möbel, Restaurationsbedarf
- Abbeizen
- Verleih von Bodenschleif- und Poliermaschinen
- Holzwurmbehandlung durch Heißluftverfahren

Albrecht Blümlein

Heroldsbacher Str. 11b.
91353 Hausen, Tel. (09191)33683/64340(priv.)
Öffnungszeiten:
Mo. 15-18, Mi. 9-12, Do. 9-12 und 15-20, Fr. 15-18,
Sa. 9-13, Ig.Sa. 9-16 oder Termine nach Vereinbarung

MOGEL MIT BAULANDMODELL ... (Fortsetzung von S. 1)

handelte es sich von vorneherein um ein sehr teures Unterfangen, das Gelände zu kanalisieren. Daneben mußten aber auch noch Zugeständnisse wie z.B. die Verrohrung des Schlehenbaches oder hohe finanzielle Entschädigungsleistungen erbracht werden, um die Zustimmung angrenzender Grundstückseigentümer zur Kanalisation zu bekommen. Obwohl sich daraus für den städtischen Haushalt eine durch den Erschließungsbeitrag nicht

gedeckte Lücke von mehreren Hunderttausend Mark ergibt, wurde das Projekt gegen alle Bedenken durchgedrückt, um durch seine erstmalige Anwendung das Baulandmodell unumkehrbar zu machen. Auf der Strecke blieben die vielen berechtigten Einwände gegen diese Art der Baulandpolitik und auch die vielen konstruktiven Verbesserungsvorschläge.

Die Riege der Stadträte stand bei der Verabschiedung des Baulandmodells wie üblich wie eine eins hinter dem Stadtoberhaupt und seiner Verwaltung. Niemand zweifelte die Praktikabilität der gefundenen Lösung an oder kritisierte den enormen finanziellen Aufwand.

Es bleibt die Frage, warum sich viele Grundstückseigentümer im übrigen Gebiet des Burker Schlehenbaches und auch in Buckenhofen, Reuth und Kersbach nicht zu einer Beteiligung entschließen konnten und können. Die Antwort darauf ist so vielschichtig wie die Gegner des Modells. Fest steht, daß so getan wird, als ob alle Beteiligten nur profitieren würden! Tatsächlich fühlen sich viele Grundstückseigentümer allerdings erpreßt und in ihren Anliegen nicht ernst genommen. Dem OB wirft man mangelnde Kompromißbereitschaft und wenig Realitätsinn vor, wenn es um Interessen geht, die in Geld beim besten Willen nicht auszudrücken sind.

Das Ziel, ausreichend Bauland für junge Familien bereitzustellen, wurde somit wohl deswegen nicht erreicht, weil das Baulandmodell einerseits viele Interessen der Beteiligten nicht angemessen berücksichtigt, und andererseits einzelne Grundstückseigentümer das gesamte Vorhaben blockieren können.

Inwieweit das Ziel „Spekulationseindämmung“ durch das Baulandmodell erreicht wurde, ist mindestens fraglich; wenn man bedenkt, daß auf den freien Flächen innerhalb des Baulandmodells auch schon Grundstückspreise von 580 Mark pro Quadratmeter erzielt wurden. Die Ankündigung, in Forchheim würde Bauland nur noch nach dem Baulandmodell ausgewiesen, erwies

sich ebenfalls als leeres „Versprechen“, wie man am Weber und Ott Gelände unschwer ersuchen kann, an dem sich die Investoren jetzt eine goldene Nase verdienen dürfen.

Für uns zeigt sich als Fazit, daß die Beschwörung des Forchheimer Baulandmodells Augenauswascherei ist und man den „Erfolg“ dieses Modells mit Sicherheit billiger erreichen hätte können. Ein gangbarer Weg soll dazu aufgezeigt werden.

1. Erschließt die Stadt ein Gelände, hat sie nach dem Bundesbaugesetz die Möglichkeit, 30% des Areals als Erschließungsfläche abgetreten zu bekommen. Wenn die Erschließung umweltschonend und im sparsamen Umgang mit Grund und Boden, etwa durch etwas schmalere Straßen, erfolgt, bleiben für die Stadt 10 - 15% übrig, mit der sie nach Belieben verfahren kann. Ihr ist es überlassen, ob sie darauf Kindergärten, Spielplätze oder Ruhezonen baut oder eben das Land jungen Familien zu einem günstigen Preis überläßt. In kürzester Zeit können so die benötigten Flächen erschlossen werden. Ohne Hick-Hack und ohne langwierige Diskussionen.

2. Eine konsequente Ausübung des ihr zustehenden Vorkaufsrechtes könnte die Stadt in die Lage versetzen, Grundstücke zu erwerben und so der Spekulation nach und nach Einhalt zu gebieten. Verkauft die Stadt die Grundstücke wieder, kann sie dies unter der Auflage tun, daß die Fläche innerhalb angemessener Zeit bebaut werden muß (Schließung von Baulücken!). Die für eine derartige Politik nötigen Finanzmittel müßten eigentlich nur vorübergehend bereitgestellt werden (z.B. aus der Abschöpfung eines Teils des Planungszugewinns bei der Umwidmung von Gewerbe- in Bauland, oder durch Ausgleichszahlungen bei Baunachverdichtungen). Da die Grundstücke von der Stadt weiterverkauft werden sollen, decken die Erträge nach kurzer Zeit die Aufwendungen für den Erwerb. Der Vorteil einer derartigen Politik liegt auf der Hand. Es müssen nicht neue „Modelle“ erprobt und langwierig den realen Verhältnissen

Der Stadtratskommentar

Für Überraschungen ist Oberbürgermeister Franz Stumpf immer gut. Ein Weihnachtsgeschenk der ganz besonderen Art war allerdings, was er in der Jahresschlußsitzung des Stadtrats dem alten und vorbeugend schon einmal dem neuen Rat unserer Stadt ins Stammbuch schrieb, nämlich „daß wir im Stadtrat nicht Parlament, sondern Verwaltung sind“.

Auf den ersten Blick ist das nicht ganz verständlich: Der Stadtrat soll Verwaltung sein? Und was sind dann die Beamten und Angestellten im Rathaus? Aber so war es wohl nicht gemeint. Vielmehr müssen wir, ausgehend vom Begriff der „kommunalen Selbstverwaltung“, Stumpfs Äußerung so interpretieren: Kommunale Selbstverwaltung heißt für ihn: Keine Parlamentsdebatten; will heißen, keine politischen Debatten. Oder anders ausgedrückt: nicht Politik im Stadtrat, sondern bitteschön brav den Vollzug der Gesetze und Verordnungen, liebe Damen und Herren Stadträte!

Das käme unserem Stadtoberhaupt gerade recht: Stadträte, die im Grunde zu allem Ja und Amen sagen und ansonsten nur ein bißchen über Kleinkram diskutieren - sagen wir fünf Mark Kindergartenbeitrag mehr oder weniger, die Kniestockhöhe in Neubaugebieten, die Lautstärke der Bands am Annafest oder ähnliches. Nicht, daß das nicht auch zu den Aufgaben vor allem der Stadtratsausschüsse gehört; Hauptaufgabe ist es aber bestimmt nicht.

Wir werden uns deshalb mit unseren grünen Stadträten nicht in solchen Verwaltungs-Fitzelkram verzetteln, sondern auf die große, politische Linie achten. Kommunale Selbstverwaltung heißt für uns, Richtungsansagen zu machen, wie wir uns Politik für das Wohl unserer Stadt vorstellen. Wir werden uns nicht scheuen, für eine lebendigere, ökologischere Stadt auch politisch zu streiten.

Und wir werden auch kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es darum geht, Kritik zu üben, wenn die Gesetze und Beschlüsse des CSU-regierten Freistaats Bayern, der Bundesregierung Kohl oder wessen auch immer unsere politischen Anliegen für Forchheim blockieren - etwa wenn der Bund die ICE-Strecke beschließt oder das Land nicht genügend für den öffentlichen Personennahverkehr tut. Ökologische Politik muß den Blick über den Tellerrand wagen. Statt Kirchturnpolitik lautet unser Motto: Global denken, lokal handeln.

Wir wollen Politik für Forchheim machen - in einem sozial- und umweltpolitischen Gesamtrahmen. Und da werden wir den Stadtrat auch als Stadtparlament politisch nutzen.

WW



angepaßt werden. Zugeständnisse an private Eigentümer sind nicht nötig, da die gesetzlichen Grundlagen eindeutig sind und seit langer Zeit bestehen. Einzig der politische Wille zur

konsequenten Ausnutzung bestehender Instrumente und ein wenig Phantasie brächten bessere Ergebnisse als das vielbeachtete Baulandmodell.

Anzeigen

10 Jahre HAUS FELDWEG

Das Bildungs- und Begegnungszentrum am Rande der Fränkischen Schweiz

Wir bieten:

MEDITATION * ATEM UND STIMME * MEDITATIVES TANZEN * KONTEMPLATION und GREGORIANIK * KREATIVER TANZ * GESTALTARBEIT („Die wilde Frau“) * TRAUMARBEIT * EINZELARBEIT * GESTALTBERATUNG

Das Haus wird geleitet von der Gestalt- und Atemtherapeutin Wiltrud Weltzer und dem evangelischen Pfarrer Weking Weltzer.

Info: Haus Feldweg, Am Brunnfeld 5, 91330 Eggolsheim-Bammersdorf
Fon 09191/5650, Fax 09191/64495



Wir setzen Maßstäbe



unter neuer Adresse

Hainbrunnenstraße 2

In Forchheim

an der Eisenbahnbrücke

bis Mitte Februar: Bammersdorfer Str. 8

DIE ÖKOLOGISCHE REGION

Buchbesprechung: Klaus-Dieter Preis zur Zukunftsentwicklung der Fränkischen Schweiz

Der Versuch, eine Region in der Gesamtheit ihrer ökologischen Aspekte zu beschreiben, ist ohne Zweifel eine riesige Aufgabe. Klaus-Dieter Preis hat sich in jahrelanger Arbeit dieser Herausforderung gestellt und sie in großartiger Weise bewältigt.

Sein Buch „Die ökologische Region“ wurde geschrieben, damit sich etwas ändert - und weil sich schnell etwas ändern muß. Es wurde geschrieben, damit die Fränkische Schweiz, die Natur und die Menschen, die dort leben und arbeiten, eine Zukunft haben. Preis hat, anders als in der Mehrzahl engstirnig denkenden Lokalpolitiker, die Maxime „global denken, lokal handeln“ zum Leitfaden seines Buches gemacht.

Der Treibhauseffekt, die Klimawärmung, die sich für die meisten weit weg von uns, am Nordpol, in den Tropen oder sonstwo abspielen, führt der Autor ursächlich auf uns und unser Umgehen mit Energie zurück.

Die beispielhaften Tabellen über Bevölkerungsentwicklung und Stromverbrauch machen deutlich, daß „für die ökologische Region Fränkische Schweiz die Suche nach einer umweltverträglichen Energieversorgung der Zukunft höchste Bedeutung bekommen muß.“

Die Auswirkungen der Klimakatastrophe auf die Fränkische Schweiz werden auch von den Menschen selbst wahrgenommen. Das Ausbleiben des Winters, der Anstieg der Niederschläge werden „erlebt“.

Es würde den Rahmen einer Buchbesprechung bei weitem sprengen, würde ich versuchen, alle Themen, die in diesem Buch

behandelt werden, auch nur kurz anzusprechen.

Bei seinen Ausführungen zu Verkehr, Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Müll... finden sich stets neben grundsätzlichen Ausführungen auch sehr detaillierte und mit Sorgfalt zusammengetragene Zahlen und Fakten zur Situation der Fränkischen Schweiz.

Zahlenmaterial, wissenschaftliche Untersuchungen, Statistiken und Fakten, die so für diese Region noch nicht zusammengefaßt wurden.

Dr. Klaus-Dieter Preis lebt mit seiner Frau Marietta und 3 Kindern in Gößweinstein. Er ist niedergelassener Allgemeinarzt und Mitglied des Kreistages Forchheim.

Dr. Preis liebt die Fränkische Schweiz mit ihren landschaftlich Schönheiten. Er liebt die Natur und die Menschen. Dies macht ihn sensibel für das, was Landschaft und Natur angetan wird, dies macht ihn auch sensibel für die Schwächen und Fehler der Menschen.

Besonders deutlich wird dies beim Thema Energieversorgung der Zukunft für die Kommunen der Fränkischen Schweiz, das hier stichpunktartig skizziert werden soll. Ausgehend von den Aussagen der Enquetekommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“, daß unter Vorsorgegesichtspunkten sofort gehandelt werden muß, zeigt Preis auf, welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen nötig sind, um bis zum Jahr 2005 die CO₂-Emission in der Fränkischen Schweiz um mindestens 30% zu reduzieren.

Kurzfristige Energieeinsparungen sollen u.a. durch eine Verringerung des Heizverbrauchs bei Gebäuden erzielt werden. Der erste Schritt ist deshalb Wärmedämmung und Heizungsmodernisierung.

Die Stromersparnis bei Elektrogeräten und die Verwendung der Solarenergie hält Preis als weitere Mittel der Energieeinsparung für kurzfristig machbar.

Als konkrete kommunalpolitische Maßnahmen fordert er:

1. Die Gewährung finanzieller Anreize mit Hilfe der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe
2. Verfügungsstellung von Geldern aus Kreishaushalten zur Förderung von Energiesparmaßnahmen durch Kommunen
3. verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Energiesparwettbewerbe, Einstellung von Energieberatern...)

Mittelfristig fordert der Autor, die individuelle Heizung durch eine Belieferung von nahegelegenen Blockheizkraftwerken zu ersetzen. Die Energienutzung der Zukunft soll vorrangig bei den dauerhaften Energiequellen Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme liegen.

Zahlen, Fakten und Zusammenhänge, die Fränkische Schweiz in ihrer Schönheit, aber besonders in ihrer ökologischen Krise, die der Autor auch als Chance sieht, werden also in diesem Buch dargestellt. Preis zeigt, daß sich die Problemfelder des 20. Jahrhunderts auch bei uns in unmittelbarer und erfahrbare Nähe abspielen. Ein Arbeitsbuch, ein Aktions-

handbuch, ein Buch, das jedem von uns Möglichkeiten aufzeigt, hier und heute bei uns beizutragen, diese Probleme zu bewältigen

Für Klaus-Dieter Preis ist das ein Appell an die Kommunalpolitik, endlich von ihrem kurzfristigen, Mensch und Umwelt schädigenden Denken wegzukommen. Der Appell richtet sich aber auch an jeden einzelnen. Zur ökologischen Region gehört für Preis auch, daß die Menschen ihre Lebensweise überdenken und letztlich ändern.

Gerhard Meixner

Klaus-Dieter Preis

Die ökologische Region

Zur Zukunftsentwicklung der Fränkischen Schweiz



Klaus-Dieter Preis
Die ökologische Region
Elfwangerverlag Bayreuth
DM 24,80
Erhältlich in allen Buchhandlungen sowie an allen Ständen der Forchheimer Grünen Liste

Portrait



Gerhard Meixner, 42

Warum ich wieder für den Stadtrat kandidiere?

Jammern nützt nichts!

Nur aktiv werden, sich einmischen und einbringen kann Dinge verändern.

Und Veränderung ist nötig, um die Entwicklung Forchheims in eine ökologisch vertretbare, sozial gerechte, kulturell vielfältige Richtung zu lenken. Damit diese Stadt lebendiger, interessanter und offener wird.

Ich habe dies alles schon einmal in 3-jähriger Stadtratsarbeit als „Einzelkämpfer“ versucht.

Jetzt haben sich engagierte und motivierte Einwohner Forchheims zur Forchheimer Grünen Liste/B'90 die Grünen zusammengefunden, um politisch aktiv zu werden. Ich arbeite mit diesen Menschen gerne und mit viel Spaß zusammen und hoffe, mit vielen von ihnen gemeinsam eine konstruktive Stadtratsarbeit machen zu können.

G. Meixner

ECHOECHOECHO

Zum Leitartikel des letzten Grashüpfer erreichte uns folgende Ergänzung von Jochen Peter:

„Unsere Stadt ist drogenfrei“, so tönte zumindest Franz Stumpf im vergangenen Jahr anlässlich des „Rock gegen Drogen“-Abends in der Jahnhalle. Zu fortgeschrittener Stunde jedoch konnte der aufmerksame Beobachter verfolgen, wie sich am Rande des Geschehens ein paar Jugendliche mal ein Viertelstündchen in ihr Fahrzeug zurückzogen, um es in einer dicken Rauchwolke „kollektiv grinsend“ wieder zu verlassen. Selbst wenn es so wäre, daß Stumpf latent zur Aussage des Liedermachers Hans Söllner steht, wo dieser behauptet, Marihuana sei keine Droge, ist seine Aussage immer noch zu blauäugig. Denn der ernsthaft kaufinteressierte dürfte auf Forchheims Straßen keine größeren Probleme haben, Extasy-Tabletten oder Amphetaminpräparate zu bekommen. Diese erschreckende Tatsache gilt es entschlossen entgegenzutreten, denn weglügen können wir sie nur in unseren Köpfen, nicht in denen der betroffenen Jugendlichen.

Werner Schnabel, DGB-Kreisvorsitzender, schrieb in einer langen Stellungnahme, er habe den Grashüpfer komplett gelesen. Einige Auszüge daraus:

Wenn eine politische Gruppierung wie die Forchheimer Grüne Liste bei ihrer Wahlkampfzeitung die Themen Wirtschaftspolitik, Soziales, Arbeitslosigkeit in den Vordergrund stellt, wie dies in der ersten Ausgabe der Zeitung „Der Grashüpfer“ der Fall war, freut man sich als Gewerkschafter natürlich. Und so habe ich mich auf den Artikel „Grüne in den Ring“ gestürzt, in der Hoffnung, zu diesen drei Themen fundierte Situationsanalysen und originelle oder doch wenigstens neue Lösungsvorschläge zu finden. Die anfängliche Begeisterung über den Vorrang „gewerkschaftlicher“ Themen, ausgewiesen durch Zwischenüberschriften, wich aber sehr schnell der Ernüchterung. Im Artikel Wirtschaftspolitik findet sich noch nicht einmal eine Situationsanalyse und in welche Richtung eine grüne Wirtschaftspolitik in Forchheim gehen würde.

Im Abschnitt „Soziales“ liest man, daß die Grünen die sozialen Probleme der Stadt hinterfragen, durchleuchten und daß sie Lösungsvorschläge machen werden. Dies heißt im Klartext, sie kennen die sozialen Probleme nicht, haben sie noch nicht hinterfragt, noch nicht durchleuchtet und haben auch keine Lösungsvorschläge. Daß sie das Seniorenbüro unterstützen wollen, ist positiv. Dies sagen aber andere Parteien auch.

Auch der Inhalt des Abschnittes über Arbeitslosigkeit ist mehr als dürrig. Es ist richtig, daß eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für bestimmte Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt sinnvoll wäre, um die-

sen Problemgruppen überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben zu können. In dieser Richtung arbeitet seit zwei Jahren das „Soziale Bündnis Forchheim“. Dort ist ein Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ in Zusammenarbeit mit der Sozialhilfeverwaltung des Landkreises Forchheim angelaufen.

Wenn zum Thema Wirtschaftspolitik nichts einfällt, der kann auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nichts wissen. Auch eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft kann die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen, erhöht im Prinzip die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze nicht sondern bietet nur besonders benachteiligten Gruppen eine individuelle Chancenverbesserung.

In diesem Zusammenhang fällt auch eine Absatz auf Seite 3 auf, wo es heißt: „Forchheim soll in Zukunft wieder in die Lage versetzt werden, für die Einwohner von Stadt und Umland ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.“ Was heißt ausreichend? Auch Arbeitsplätze für die, die bislang in den Großraum Nürnberg auspendeln müssen um Arbeit zu finden? Das sind Tausende. Weiß man, wieviel Fläche man hierfür braucht? Wo soll die Stadt diese Gewerbeflächen hernehmen? Soll die Stadt Forchheim vielleicht in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Eggolsheim die gesamte BÜg zum Industriepark machen? Welche Industrien und Handwerker sollen dort angesiedelt werden? Fragen über Fragen, für die man in der gesamten Zeitung keine Antworten findet.



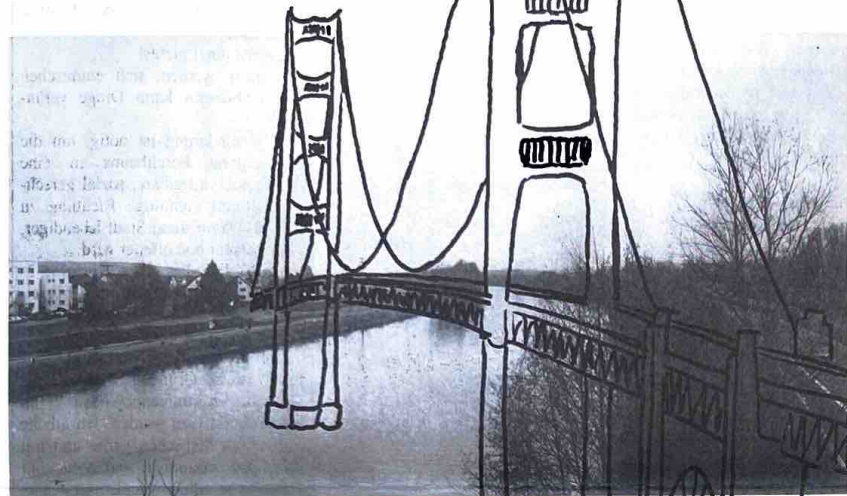
Zu vielen Themen paßt dieses Photo vom Weber&Ott-Gelände: Nicht dieser Stuhl, aber doch manches aus der Geschichte Forchheims im Industriezeitalter gehört nach unserer Meinung in die Kaiserpfalz, wenn sie eine richtige Kulturpfalz werden soll. Das mit der Deindustrialisierung Forchheims und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage immer brennendere Thema Arbeitslosigkeit ist nicht so einfach zu lösen wie die Probleme in der Kaiserpfalz. Dennoch werden wir dazu im nächsten Grashüpfer einige konkrete Vorschläge machen.

DER STUMPF SINN DES MONATS

Nachdem OB Stumpf sich im Oktober persönlich für diese Auszeichnung qualifizieren konnte, folgt unserem "unabhängigen" Stadtoberhaupt nun seine eigene Partei, die CSU Forchheim. Der CSU-Ortsverband Buckenhofen bekommt jetzt offenbar doch Bedenken angesichts des geplanten und neu ausgewiesenen Wohn- und Gewerbegebiets in Buckenhofen: Ob sich nicht die jetzt schon großen Verkehrsprobleme im Bereich von Friedens- und Merianstraße so weit verschärfen könnten, daß die Wohnqualität in Buckenhofen stark davon beeinträchtigt wird. Man hat aber sogleich eine Patentlösung bei

der Hand, und diese Lösung scheint für die Kameraden in der Luft zu liegen: eine zweite Kanalbrücke muß her! Das haben wir uns schon immer gewünscht. Wozu nach San Francisco fahren, wenn man die Golden Gate Bridge auch hier vor der Haustür haben kann, über den RMD-Kanal; wozu noch Südumgehungen: die längste Brücke der Welt in Forchheim, von Pautzfeld bis Kirchheidenbach. Eigentlich hätten wir uns diesen Vorschlag schon lange aus dem Referat Wirtschaft- und Tourismusförderung erhofft. Denn die gigantischen Kosten für dieses Projekt könnten doch

dann locker von den Gewinnen der ansässigen Gastronomie, der Postkartenverkäufer und den sich sicher neu ansiedelnden Gewerbebetrieben finanziert werden. Wir gratulieren jedenfalls dem CSU-Ortsverband Buckenhofen zur Verleihung des Stumpfsinns im Monat Dezember, halten allerdings, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben und vor Ideen wie diesen, eine sorgfältige Verkehrsplanung für Buckenhofen durchzuführen und vor allem sich um echte Entlastungen einzusetzen, anstatt durch Straßen- und Brückenbau noch mehr Verkehr zu produzieren.



Hintergrund zum Stumpfsinn des Monats

Klopft man diesen Vorschlag ein wenig auf seinen Gehalt ab, kann man nur mit ungläubigem Staunen reagieren. Betrachtet man die denkbaren Positionen für eine Brücke zwischen Buckenhofen und Forchheim-Nord, treten die ersten großen Probleme auf. Wegen des Verlaufs der A 73 direkt neben dem Kanal und der dahinter liegenden Bebauung in Fo.-Nord müßte die Brücke so weit im Norden verlaufen, daß sie für den Verkehr zwischen dem Ortsteil und der Innenstadt nicht geeignet wäre. Dieser Hauptanteil des PKW-Verkehrs wird sich also unabhängig von einer Brücke weiter und verstärkt durch das Herz Buckenhofens quetschen. Das Gleiche gilt für den täglichen Berufsverkehr, der überwiegend in Richtung Süden

auf das Ballungsgebiet Erlangen-Nürnberg ausgerichtet ist. Letzteres gilt insbesondere für den Fall der Realisierung einer Südumgehung, die diesen Verkehrsanteil zusätzlich durch Burk leiten wird.

Schließlich die Kosten. Da die Einbindung der Brücke in überregionale Straßenzüge kaum realisierbar ist, blieben die Kosten zu großen Teilen an der Stadt hängen! Und diese Kosten werden hoch sein, denn es müssen entweder der Kanal und die A73 oder der zweigeteilte Kanal im Bereich der Schleuseninsel überspannt werden.

Zur Zeit sonnt sich die CSU noch in einer relativ moderaten Verschuldung der Stadt. Doch damit wird sie jetzt aufräumen. Nach dem Motto: "Darf es nicht auch etwas mehr sein?" wird sie mit ihren Wahlversprechen dafür Sorge tragen, daß

Forchheim auch beim Schuldenmachen endlich eine Spitzenposition einnehmen wird (Krankenhausneubau 20 Mio. DM, Kaiserpfalzsanierung 17 Mio. DM)

Was unser Geld angeht, welches die CSU aus dem Stadtsäckel mit vollen Händen verteilen will: Es gibt zur Zeit so viele wichtige Dinge in der Stadt, die finanziell stiefmütterlich behandelt werden, weil angeblich kein Geld zur Verfügung steht. Das reicht vom öffentlichen Nahverkehr, über mangelhafte Sportstätten, die schwache Ausstattungen von sozialen Initiativen bis zum regelmäßigen Nichtausnutzen des Vorkaufsrechtes der Stadt bei Grundstücksverkäufen, die der Bodenspekulation nicht aber der Stadtentwicklung dienen.

Anzeige

GRÜNE - DRAUSSEN VOR DER TÜR

Systematische Behinderung durch Stadtverwaltung

"Hommage an die Heimat" - so sollte eine von der FGL organisierte Kunstausstellung heißen, die sich kritisch mit dem so häufig verwendeten Begriff „Heimat“ auseinandersetzt. Als Raum für diese Ausstellung bot sich - wie für viele andere derartige Veranstaltungen zuvor - das Rathaus an.

Auf eine entsprechende Anfrage, die wir bereits im Oktober an die Stadt richteten, wurde zunächst bestätigt, daß die Rathaushallen zum geplanten Veranstaltungstermin im Februar noch frei wären. Den schriftlichen Antrag, der wenige Wochen später gestellt wurde, lehnte die Stadtverwaltung jedoch mit der Begründung ab, so kurz vor der Wahl im März würden von politischen Gruppierungen ausgehende Veranstaltungen für „partei- und damit wahlpolitische Irritationen“ sorgen. Wir waren zwar enttäuscht, akzeptierten diese Begründung jedoch und planten, die Veranstaltung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Im Dezember wurde nun jedoch bekannt, daß die CSU just im Februar eine Dokumentationsausstellung zu ihrer 50jährigen Geschichte veranstalten wird - in den Rathaus-

hallen. Der Verdacht drängt sich auf, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Denn eine Ausstellung, die nicht nur von einer Partei organisiert wird, sondern deren Geschichte und Politik sogar im Mittelpunkt stehen, ist wohl um ein vielfaches „politischer“ als eine der Stadt, die CSU-Geschichte hätte auch lokalhistorische Bedeutung, mag zwar stimmen, entbindet die Stadt jedoch nicht von dem zuvor der FGL gegenüber vertretenen Grundsatz, den Wahlkampf aus dem Rathaus fernzuhalten. Auch das Argument, die Veranstaltung müsse zu diesem Zeitpunkt stattfinden, um den Jubiläumsscharakter Kunstausstellung, besonders wenige Wochen vor Wahlen. Die Begründung zu betonen, ist infam, wenn man weiß, daß die eigentliche Gründung der Forchheimer CSU bereits auf Dezember 1945 datiert (das richtige Datum für die Ausstellung also Dezember 1995 gewesen wäre). Was bleibt ist das schale Gefühl, daß sich die CSU in Forchheim mit allen Mitteln als Platzhirsch behaupten und sich politische Konkurrenz vom Leibe halten will.

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Mammutwerk des Forchheimer Flächennutzungsplans mit seinen über 100 Hektar Wohn- und Gewerbegebieten ist verabschiedet. Der Stadtrat beschloß ihn fast einstimmig.

Die FGL hat den Flächennutzungsplan bereits im letzten Grashüpfer als überzogen und ökologisch schädlich kritisiert. Nach seiner Verabschiedung ergeben sich bereits neue Kritikpunkte. FGL-Stadtplanungsexperte Prof. Dr. Ulrich Zenneck ärgerte sich insbesondere über die Äußerung von Paul Weber (CSU), der FNP sei im Grunde unverbindlich; was im FNP stehe, werde ja vielleicht gar nicht beibehalten.

Zenneck dazu: „Wenn ich etwas plane, muß ich es auch klar wollen!“ Weber verbreite mit seinen Äußerungen Planungsunsicherheit bei den betroffenen Bürgern und Grundbesitzern. Wer nach dem Motto „schreiben wir's halt mal rein, um dann irgendwann zu sagen, wir haben's gar nicht so ernst

gemeint“ verfare, der lasse die Spekulationen ins Kraut schieben und betreibe unseriöse, schlampige Politik.

FGL-ANSPRECHPARTNER

Auch in der Politik ist Arbeitsteilung sinnvoll. Die FGL hat deshalb für verschiedene Themen verschiedene Ansprechpartner, die für konkrete Anregungen oder Fragen zur Verfügung stehen.

Energiepolitik: Uwe Eszter (Tel. 80435); **Trinkwasser:** Franz Josef Klaus (Tel. 3770); **Wirtschaft und Arbeit:** Gerhard Meixner (Tel. 60425); **Dialog der Generationen:** Fritz Dittrich (Tel. 31691); **Kultur:** Wolfram Weltzer (Tel. 14934); **Stadtplanung, Grün in der Stadt, Verkehrspolitik:** Ulrich Zenneck (Tel. 13996); **Frauenpolitik und Soziales:** Annette Prechtel (Tel. 14934).

Citizens of the European Community apply for your right to vote!
Citoyens demandez votre droit de vote!
Bürger der Europäischen Gemeinschaft, beantragt das Wahlrecht!

Den in Forchheim lebenden EU-Bürgern wird die Teilnahme an der Kommunalwahl am 10. März unnötig erswert. Hintergrund: bei der Kommunalwahl im März wird erstmals der neue Artikel 8b des Vertrages über die Europäische Union (Maastricht) in Bayern umgesetzt. Er führt das Kommunalwahlrecht für alle hier lebenden Unionsbürger ein. In Forchheim sind das über 300 Personen aus Österreich, Italien, Griechenland und anderen EU-Staaten.

Diese Forchheimer Bürger müssen, um tatsächlich wählen zu dürfen, erst beim Einwohnermeldeamt vorstellend werden und ihre Aufnahme ins Wählerverzeichnis beantragen. Alle anderen Bürger werden jedoch automatisch in selbigen aufgenommen und bekommen ihre Wahlbenachrichtigung unaufgefordert und frei Haus zugeschickt.

Durch diese Diskriminierung versucht die bayerische Staatsregierung offensichtlich, möglichst viele EU-Bürger von der Wahl fernzuhalten. Doch auch die Forchheimer CSU-Regierung ist nicht besser, denn im Gegensatz zu anderen bayerischen Städten wie etwa der Großstadt München verspricht die Stadt bislang keine Antragsformulare an EU-Bürger. Stattdessen läßt sie es mit einer kleinen Mitteilung in Presse und Amtsblatt bewenden. Begründung für dieses Verhalten ist unter anderem der Aufwand, diese Mitteilungen in die einzelnen Landessprachen übersetzen zu müssen - keine gute Rechtfertigung, denn uns liegt das nötige Informationsmaterial bereits in fünf Sprachen vor. Wir stellen es natürlich gerne zur Verfügung. In jedem Fall ist jedoch Eile geboten, denn die Frist für die Beantragung des Wahlrechts läuft am 9. Februar aus.

NEU-
ERÖFFNUNG

KARABAĞ
Groß- und Einzelhandel

preiswerte

Lebensmittel

+ Geschenke

100g türk. Schafskäse	1,09 DM	Vitrinenteeservice	49,- DM
100g Oliven (versch. Sorten) ab	5,90 DM	Teppich-Vorleger	ab 19,50 DM
Türkische Weine 0,7l ab	5,90 DM	Standuhren, Gemälde, Bettüberdecken u.v.m.	

KARABAĞ
Hornschnallallee 27
91301 Forchheim

Öffnungszeiten:
von 8 - 18 Uhr durchgehend
Donnerstag bis 20 Uhr, Samstag 8 - 13 Uhr